MITTAGSPOST

06.03. Ausgabe 04/2020

Fraktion

Kein Mensch weiß, wie viele Menschen wirklich an der griechisch-türkischen Grenze ausharren, weil der türkische Präsident Erdogan ihnen falsche Hoffnungen gemacht hat. Er hat Geflüchtete in Bussen zur Grenze bringen lassen, damit sie die Türkei in Richtung Europa verlassen können, aber das geht natürlich nicht so ohne weiteres. Griechenland schützt seine Grenzen und damit auch unsere, denn es handelt sich um die Grenzen unseres Europas. Die müssen wir sichern, aber auch Verantwortung tragen dafür, wie sie gesichert werden. Die Not vieler Geflüchteter, auch auf den Inseln Griechenlands, hat uns die Woche über sehr beschäftigt. Auf dem Tisch lag der Antrag der Grünen, unbegleitete Minderjährige und besonders Schutzbedürftige aus Griechenland auf schnellem Wege aufzunehmen. Diese Forderung ist menschlich nachvollziehbar und legitim, sie hat nur den großen Nachteil, dass ein solches Handeln am Donnerstag noch einen Alleingang Deutschlands bedeutet hätte. Wir haben den Antrag der Grünen deshalb abgelehnt, um der Bundesregierung so die Möglichkeit zu geben, in den kommenden Tagen andere europäische Länder von der Dringlichkeit eines gemeinsamen Handelns zu überzeugen. Einige Länder haben mittlerweile Zugeständnisbereitschaft signalisiert. Gut möglich also, dass wir in der kommenden Woche die Aufnahme einer begrenzten Zahl Schutzbedürftiger aus Griechenland beschließen. Und das ist gut so. Die Zeit drängt.

Plenum

Wie können wir Rechtsextremismus und Hass entschiedener bekämpfen und welche Konsequenzen müssen wir aus den rechtsterroristischen Morden von **Hanau** ziehen? Darüber haben wir diese Woche im Bundestag diskutiert. Auch wenn, wie in diesem Fall, immer von Einzeltätern gesprochen wird: Die Morde von Hanau sind Ergebnis eines gesellschaftlichen Klimas, das gezielt vergiftet und radikalisiert wird. Genauso deutlich wurde das im Plenum debattiert. Eine weitere Aktuelle Stunde fand zur **Eskalation in Idlib** und deren Folgen für Europa statt. Europa und die internationale Gemeinschaft müssen schnell darauf reagieren und bereit sein, weitere humanitäre Hilfe über NGOs für die Menschen in Idlib und die Geflüchteten in der Türkei zu leisten. Auch bürgernähere Themen wurden behandelt wie die 1. Lesung des **Ganztagsfinanzierungsgesetzes**, das ab 2025 allen Kinder im Grundschulalter eine Nachmittagsbetreuung ermöglichen soll. Um Angebote vor Ort zu ermöglichen, will der Bund 2 Mrd. Euro beisteuern. Mit der 1. Lesung des **Kohleausstiegsgesetzes** haben wir zudem die Weichen für den Ausstieg aus der Kohleverstromung gestellt. Wenn spätestens 2038 das letzte Kohlekraftwerk abgeschaltet wird, wird das sozialverträglich und klimagerecht geschehen. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass die erneuerbaren Energien entsprechend ausgebaut werden. Außerdem habe ich eine Rede zur Verbesserung der **Luftsicherheit** gehalten.

V.i.S.d.P.: Susanne Mittag, MdB, Deutscher Bundestag,
Tel: 030 227 78171, Fax: 030 227 70173, E-Mail: susanne.mittag@bundestag.de

MITTAGSPOST

Berlin

ZOES

Zu Wochenbeginn hat sich das Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit (ZOES) im Bundestag getroffen. Unser Thema war der Widerspruch zwischen gefühlter und wirklicher Sicherheit, denn tatsächlich sind viele Menschen im Alltag verunsichert, obwohl die Zahl der Straftaten nachweislich abnimmt. Das liegt auch an dem Eindruck öffentlicher Verwahrlosung, wie Sachbeschädigungen und Müll sowie an einer empfundenen Rücksichtslosigkeit. Wir haben praktikable Lösungsansätze diskutiert. Dabei wurden wir vom ersten Mannheimer Bürgermeister, Herrn Specht, unterstützt, der uns berichtete, was seine Stadt unternimmt, um den Bürgern ein Sicherheitsgefühl zu vermitteln. Dazu greift er auch auf intelligente Videoüberwachung auf ausgewählten Plätzen zurück. Ein Vorgehen, das in unserer Runde nicht ganz unumstritten war. Ein Soziologe wies darauf hin, dass Gefühle der Unsicherheit sehr situationsabhängig sind und nicht jedes Handeln/ jede Überwachung sinnvoll erscheinen lassen. Und ein Berliner Strafrechtler, Dr. Arzt, bemängelte die Missachtung der Freiheitsrechte des Einzelnen bei derartigen Maßnahmen. Präventive Überwachung sei, seines Erachtens, nicht rechtens. Die Diskussion war sehr spannend. Es war mein erstes Forum als Vorsitzende des Beirats des ZOES und, wie man sieht, habe ich zwischendurch auch sichtlich Spaß an der Zusammenarbeit mit dem Vorstandsvorsitzenden Albrecht Broemme, ehemals THW-Präsident.

Besuch aus der Heimat

Mich hat am Dienstag eine Gruppe von rund 50 Schülerinnen und Schülern von der Wilhelm-von-der-Heyde-Oberschule in Delmenhorst im Bundestag besucht. Wir hatten ein interessantes Gespräch mit regen Nachfragen zu meinem Werdegang, meiner Arbeit und den Inhalten, für die ich mich als Innenpolitikerin und als Tierschutzbeauftragte engagiere. Danke für den Besuch!

Islamkonferenz

Das gesellschaftliche Klima hat sich insbesondere für Musliminnen und Muslime in den letzten Jahren extrem verschlechtert. Wir von der SPD-Bundestagsfraktion setzen ein Zeichen dagegen und kommen ins Gespräch, um zu schauen, wo und wie wir unterstützen können. Dazu eingeladen hatte ich Hatice Kocak vom Sozialdienst muslimischer Frauen Delmenhorst e.V.. Vielen Dank für´s Kommen! Unserer Familienministerin Franziska Giffey war es auch wichtig, dabei zu sein.

V.i.S.d.P.: Susanne Mittag, MdB, Deutscher Bundestag,
Tel: 030 227 78171, Fax: 030 227 70173, E-Mail: susanne.mittag@bundestag.de